

Aufruf zu den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

Bitte den Aufruf unterzeichnen und damit die Proteste unterstützen.

Danke

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG! NEIN ZUM KRIEG!



am Samstag, 16. Februar 2019 in München um 13 Uhr am Stachus

Vom 15.-17. Februar 2019 findet in München die „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) statt. Und Sicherheit könnten wir gut gebrauchen: Die Sicherheit, dass wir uns morgen noch unsere Miete leisten können, dass es keinen Krieg gibt und unsere Umwelt nicht den Bach heruntergeht. Aber um all das geht es bei der SIKO nicht.

Was ist die SIKO?

Es treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertreter*innen aus Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, vorwiegend aus NATO-Staaten. Sie tagen im Bayerischen Hof – angeblich, um „einen Beitrag zur internationalen Sicherheit“ zu leisten. Tatsächlich geht es um die Rechtfertigung der NATO, ihrer Rüstungsausgaben und Kriegseinsätze, die uns als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Um welche Sicherheit sollte es gehen?

Hätten alle Menschen genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu ärztlicher Versorgung, Bildung und existenzsichernder Arbeit, wäre das ein Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen. Möglich wäre das. Aber um soziale Sicherheit, um Sicherheit für uns alle geht es den NATO-Strategen auf der SIKO nicht.

Stattdessen wollen sie die Vormachtstellung des „Westens“ und das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung basiert, mit militärischer Stärke sichern. Dafür erhöhen sie die Militärausgaben, kaufen Killerdrohnen und perfektionieren ihr Atomwaffenarsenal. Zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben von 1739 Milliarden Dollar in 2017 entfielen auf die NATO und mit ihnen kooperierende Staaten.

Kurdistan, Jemen, Mali, Afghanistan, Irak, Syrien. Die Liste der Länder, in denen NATO-Staaten Kriege führen oder unterstützen, ist lang. Sie stützen Regime, die ihnen Zugang zu Rohstoffen garantieren, und nehmen dabei Bürgerkriege wie z.B. im Kongo in Kauf. Mit ihren Militäreinsätzen sichern sie die Profite großer Konzerne, deren Zugang zu Absatzmärkten und die „Nachfrage“ nach Waffen. Durch diese Kriege werden die Lebensgrundlagen und damit jegliche soziale Sicherheit in den betroffenen Regionen zerstört und hunderttausende Zivilisten getötet.

Wir, die Menschen aller Länder, haben an solchen Kriegen kein Interesse. Wenn wir uns zusammenschließen, haben wir die Kraft, sie zu verhin-

dern. Vor hundert Jahren hat die Weigerung der Kieler Matrosen, ihr Leben für Kaiser und Kapital zu geben, das Ende des ersten Weltkrieges eingeleitet. Heute weigern wir uns: Wir wollen kein nukleares Wettrüsten und wir wollen keine Kriege in unserem Namen. Was wir erarbeiten, soll nicht in Rüstung und Militär fließen, sondern in ein besseres Leben – für uns alle.

Statt eines militärischen Bündnisses, das nur im Rahmen militärischen Denkens agieren kann, brauchen wir eine globale Protestbewegung, die die Regierenden zu Abrüstung, Rüstungskontrollen, einer fairen Handelspolitik und zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zwingt.

Daher richtet sich unser Protest gegen die NATO. Deren Sicherheit ist nicht unsere Sicherheit.

Welche Rolle spielt dabei die Bundesrepublik?

■ **Deutschland ist an aktuellen Kriegen und Kriegsvorbereitungen beteiligt**

Die Bundesregierung will die Militärausgaben bis 2024 auf über 80 Milliarden EURO verdoppeln. Das wären 20% des Bundeshaushalts. Diese Milliarden sollten in Arbeitslosenhilfe, bezahlbare Wohnungen oder in das Bildungs- und Gesundheitswesen fließen.

Aktuell ist die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen beteiligt. Zudem ist Deutschland die Drehscheibe für den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA.

■ **Die Bundesregierung boykottiert ein Verbot aller Atomwaffen**

Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben einen Atomwaffenverbotsantrag beschlossen. Das wollen auch 90% der Bevölkerung in Deutschland. Aber die Bundesregierung hält an der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden fest. Sie weigert sich, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Dabei droht ein neues atomares Wettrüsten: Donald Trump hat angekündigt, aus dem INF-Vertrag aussteigen zu wollen. Der INF-Vertrag verbietet die Entwicklung und den Besitz von landgestützten Nuklearraketen mit kurzer und mittlerer Reichweite. Mit einem Ausstieg würde sich die Gefahr eines Atomkrieges massiv erhöhen. ►

Deutschland bewaffnet Despoten und liefert Kriegswaffen in alle Welt

Deutsche Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit Waffenexporten in Krisenregionen. Die Türkei führt mit deutschen Waffen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Damit wird die Bundesregierung, zugunsten der eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen, zur Komplizin des Erdogan-Regimes bei der brutalen Unterdrückung der Kurd*innen. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung werden mit Füßen getreten.

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition mordet im Jemen auch mit deutschen Waffen. Dort sind inzwischen drei von vier Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen, Millionen sind vom Hungertod bedroht.

Wer sind wir?

Unser Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. Wir lehnen jede militärische Drohung und jeden Angriffskrieg ab, auch von Staaten außerhalb des westlichen Bündnisystems. Unser Protest richtet sich in erster Linie gegen die Bundesregierung, die sich im Rahmen der NATO an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligt. Mit der NATO wird es keine friedliche, gerechte und solidarische Welt geben. Eine solche Welt ist aber nötig und möglich! Lasst uns gemeinsam dafür aktiv werden.

Geht mit uns auf die Straße

- für Abrüstung statt Aufrüstung. Kürzung des Militäretats.
- für Solidarität mit Geflüchteten.
Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen.

- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr.
Keine Bundeswehreinätze im Innern.
- für eine Welt ohne Militär, somit auch ohne Bundeswehr.
- gegen Rüstungsexporte, insbesondere an kriegsführende Staaten.
Verbot der Lizenzvergabe und der Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland.
- gegen die Produktion von Kriegswaffen.
Sozialverträgliche Umstellung auf die Produktion ziviler Güter.
- für den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.
Atomwaffen raus aus Deutschland.
- gegen den ständigen Bruch des Völkerrechts.
Keine Beteiligung an Angriffskriegen.
- für den Austritt Deutschlands aus der NATO
und allen Militärstrukturen der EU.
- für die Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte
in Deutschland. Keine Beihilfe zu den US-Drohnenmorden.
- für Frieden in Europa; keinen Konfrontationskurs mit Russland.
- für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden –
statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg.
- gegen eine ausbeuterische Handelspolitik,
die Kriege, Armut und Flucht verursacht.

**Kommt zur Demonstration
am Samstag, den 16. Februar 2019
in München um 13 Uhr am Stachus**

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-„SICHERHEITS“KONFERENZ

UNTERSTÜTZUNGS-ERKLÄRUNG

Ich / Wir unterstütze/n den Aufruf als Einzelperson / als Organisation

Name, Vorname / Organisationsname

Ort

evtl. Beruf / Funktion

Unterschrift

evtl. Tel-Nr. / E-Mail

Unterstützung per Web-Formular, auch per E-Mail: unterstuetzer@antisiko.de oder per Fax: **089-168 94 15**

UnterstützerInnen werden auf der Homepage veröffentlicht. Einverstanden / Nicht einverstanden.

UNTERSTÜTZUNGS-BEITRÄGE: Einzelpersonen: 20.– Euro, Klein-Gruppen: 30.– Euro, größere Organisationen: 50.– Euro – oder mehr
BÜNDNIS-KONTO: K. Schreer, IBAN: DE44 7001 0080 0348 3358 09, BIC: PBNKDEFF, **Stichwort: SIKO 2019**

V.i.S.d.P. und Postanschrift: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob